

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
sehr geehrte Gäste,

die Haushaltseinbringung war schon im letzten Jahr von Sorgen geprägt, dennoch konnten wir einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen. Diese Sorgen haben sich im Laufe der vergangenen Monate noch einmal maximal verstärkt und ich kann Ihnen sagen, dass meine Rede zum Haushalt mir überhaupt keine Freude bereitet.

Dieser Haushalt konterkariert unser ganzes Bemühen der vergangenen Jahre Eigenkapital aufzubauen und zeigt uns offensichtlich, wie schnell man vom Regen in die Haushaltstraupe kommen kann.

Nur durch eine für Februar angesetzte Gesetzesänderung vor allem der Gemeindeordnung, kann aus einem nicht genehmigungsfähigen Haushalt eine Genehmigungsfähigkeit erwachsen.

Und obwohl wir in den vergangenen Jahren aus einem negativen Eigenkapital in zweistelliger Millionenhöhe ein positives Eigenkapital zwischen 12 und 13 Mio. erwirtschaftet haben, werden wir eben dieses – ich nenne es mal Sparguthaben – nahezu verbrauchen müssen.

Ich möchte im Rahmen dieser Haushaltsrede aber auch mit ein paar Mythen aufräumen. Denn einzelne Personen aus Parteien und/oder Wählergemeinschaften propagieren im Internet schlicht falsche Fakten – Fake News.

Diese Fake-News betreffen zum Beispiel unsere Einnahmen.

Zu dieser Ratsmehrheit gehörte ich auch. Denn im Rahmen des Wahlkampfes hatte ich versprochen, mich für eine Grundsteuersenkung einzusetzen, sobald diese möglich ist. Und genau so ist es geschehen. Das habe ich versprochen – und gehalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Haushalt bietet nun kaum noch Einsparpotentiale. Das was durch Verschiebungen von Maßnahmen noch zu Einsparungen führen kann, werden wir im Rahmen der Veränderungslisten auch noch dem Rat vorlegen.

Aber auch die Potentiale für weitere Ertragssteigerungen sind kaum zu finden. Wenn die Grundsteuer – B nicht bis ins unermessliche wachsen soll, werden wir

bei vielen Projekten die Standards heruntersetzen müssen. Auch das werden wir bis zur Haushaltsverabschiedung im nächsten Jahr mit Augenmaß angehen.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch sehr klar benennen, warum wir in diese Situation geraten sind. Denn unsere Haushaltsprobleme sind nämlich nicht hausgemacht:

1. Die wirtschaftliche Situation im Land hat sich verschlechtert. Das bedeutet, dass wir Jahr für Jahr ca. 0,5 Mio Euro geringere Finanzausgleiche vom Land NRW bekommen. Das sind in Summe 2 Mio weniger Erträge für unseren Haushalt
2. Der Ganztagesausbau wird uns ca. 9 Mio Euro kosten. Ziel ist es, für jedes Kind vom 1. Bis zum 4. Schuljahr einen Ganztagesplatz zu schaffen. Die angekündigten Fördermittel des Landes betragen als Festbetragsfinanzierung 800.000,- € und damit weniger als 10 %. Die Zinsen und Abschreibungen aus diesen Investitionen betragen in späteren Haushaltsjahren mehr als 0,5 Mio Euro. Jahr für Jahr. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung mit einer 100 % Abdeckung ist für Bergneustadt nicht notwendig. Wir haben bei weitem nicht diesen Bedarf und er ist auch nicht in absehbarer Zeit ersichtlich. Wir bauen hier also für einen Bedarf aus, den wir nicht haben, benötigen Personal bei den Trägern, das es nicht gibt und brauchen dafür Kredite die wir uns nicht leisten können. Hier muss vom Land nachgebessert werden, sonst wird der Ausbau und die Nutzung nicht funktionieren. Darüber hinaus bin ich der Auffassung, dass wenn das Land etwas beschließt, auch die Kosten im Wesentlichen tragen sollte. Das ist hier definitiv nicht der Fall.
3. Die Bundesregierung hat die Regelungen für die Gewährung von Wohngeld novelliert. Hier mag es gute Gründe dafür gegeben haben. Nun bekommen deutlich mehr Menschen Wohngeld bzw. haben einen Anspruch darauf. Das reine Wohngeld wird vom Land ausgezahlt, aber die Mitarbeiter, die Räume, die Technik die es braucht um die vielen neuen Anträge zu bearbeiten kosten Geld. Und eben dieses Geld wird uns nicht ersetzt. Statt also Stellen einzusparen werden wir gezwungen, mehr Stellen zu schaffen. Das ist leider mittlerweile typisch für die Gesetzgebung im Bund – zu zahlen haben das in Bergneustadt die Bürgerinnen und Bürger mit Ihren Steuern.
4. Der Ausbau der Wohngebiete bzw. die Bemühungen unsererseits zur Schaffung neuen Wohnraums werden derzeit konterkariert durch die hohen Baukosten und die gestiegenen Zinskosten. Wir haben uns bemüht, unser Baugebiet zum Beispiel auf dem Hackenberg so zu

gestalten, dass Fördermittel der KfW-Bank für Häuslebauer in Anspruch genommen werden können.

Schade, dass mit dem Stopp der Förderung durch unseren Wirtschaftsminister auch die Unterstützung für Neubauten teilweise weggefallen ist. Die neuen Programme helfen da nicht ausreichend. Wenn eine Entwicklung im ländlichen Raum gewünscht wird, wenn wir mehr Städter aufs Land locken wollen, dann gehört dazu auch eine größere finanzielle Unterstützung durch Fördermittel und Förderdarlehen. Aber eben diese Unterstützung reicht nicht aus. So schafft man keinen neuen Wohnraum.

5. Altschuldenübernahmen wurde in der Vergangenheit sowohl vom Bund als auch vom Land angekündigt. Nach ersten Berechnungen hätte das eine Entlastung für unseren Haushalt von jährlich mehreren 100.000 € bedeutet. Trotz aller Versprechungen und Ankündigen ist aber nichts passiert. Bund und Land können sich nicht einigen. Daher appelliere ich an die Verantwortlichen, endlich eine Regelung zu finden. Sie ist längst überfällig.

Diese Liste könnte ich noch fortsetzen, aber ich denke, dass die genannten Beispiele ausreichen um zu verdeutlichen, dass wir vom Bund und vom Land stark abhängig sind.

Dabei haben wir doch eigentlich ein grundgesetzlich geschütztes Selbstverwaltungsrecht.

Artikel 28 Abs. 2 unseres Grundgesetzes gewährt uns eben diese Selbstverwaltungsgarantie. Konkret:

Welche Kernaussage trifft Art 28 Abs 2 GG?

(2) Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

Dieses Selbstverwaltungsrecht setzt voraus, dass wir Kommunen auch in die Lage versetzt werden, die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft selbst regeln zu können. Dazu gehört eine angemessene Finanzausstattung der Gemeinden.

Was denken Sie? Haben wir noch ein echtes und wirksames Selbstverwaltungsrecht?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

